



Demokratische  
Alternative 

Partei zur nachhaltigen Neuorientierung in Politik und Gesellschaft

An den

Bundespräsidenten der Republik Österreich  
Professor Alexander Van der Bellen

Cc.:

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Vizekanzler Werner Kogler

BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und  
Konsumentenschutz Rudolf Anschober

BM für Inneres Karl Nehammer

Diverse politische Parteien

Diverse österreichische Medien

Diverse Medien im restlichen deutschsprachigen Raum

(alle per Mail)

Wien, 30.9.2020

Betreff:

**Fünfter Offener Brief zur Corona-Krise**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

wir beziehen uns auf unsere [bisherigen vier Offenen Briefe](#) zur aktuellen Corona-Krise – zuletzt [den vom 21.7.2020](#) - und setzen auf diesen auf.

Leider haben wir auf diese Briefe einerseits **keine Antworten seitens der Verantwortlichen** erhalten und sind andererseits auch **in den österreichischen Medien so gut wie keine Fragen daraus gestellt** worden, obwohl sie **inhaltlich auf der Hand liegen und an Dringlichkeit kaum zu überbieten gewesen wären.**

Natürlich kann es gut sein, dass sowohl die angeschriebenen Verantwortlichen als auch die Medien der Ansicht sind, solche Zusendungen einfach wortlos übergehen zu können und so zu tun, als gäbe es all das nicht.

Naturgemäß sehen wir das ganz anders – und anzunehmender Weise viele Österreicherinnen und Österreicher auch, vor allem wenn sie aus der aktuellen Krise persönlich stark betroffen sind.

**Daher können wir die Angelegenheiten nicht auf sich beruhen lassen!**

Um eines auch Ihnen gegenüber gleich vorab klarzustellen: **Wir zweifeln NICHT an, dass es sich bei CoVid-19 um eine schwerwiegende Erkrankung handelt, die entsprechende Vorsichtsmaßnahmen erfordert.**

Diese mündet(e)(n) in die **bislang schwerste nationale und internationale Krise der Nachkriegsgeschichte.**

Aber wir verlangen nicht „trotzdem“, sondern **GERADE DESWEGEN ein professionelles und zweckmäßiges Management seitens der Exekutive, allen voran seitens der österreichischen Bundesregierung.**

Nämlich einerseits durch **transparente und auch relevante Informationen** und andererseits durch **daraus logisch tatsächlich ableitbare dementsprechende Maßnahmen, die SINN MACHEN – und nicht einen (vielleicht ganz anders motivierten) politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder finanziellen Veränderungseffekt im Schilde führen!**

**Finden wir solches seit Beginn dieser Krise vor? Wir meinen nicht!**

**Und wir belegen dies – nach Themenkreisen getrennt – wie folgt:**

#### **1. Transparenz und gesicherte, stringente Informationen:**

Was haben wir heute diesbezüglich?

Interessanter Weise ist die [Darstellung der Situation in der Übersicht des ORF](#) wesentlich aufschlussreicher (geworden), als die [Darstellung auf der offiziellen Seite des Gesundheitsministeriums](#).

Zwar werden bei letzterem die [aktuellen Neuinfektionen dargestellt](#) (woraus sich offensichtlich auch ergibt, dass an den Wochenenden einfach weniger getestet bzw. ausgewertet wird) – nicht aber

- die **Entwicklung der AKTUELLEN Fallzahlen insgesamt,**
- die **Entwicklung der AKTUELLEN Hospitalisierungen insgesamt**
- und die **Entwicklung der AKTUELLEN täglichen Neuzugänge dort,**
- die **Entwicklung der AKTUELLEN Nutzung von Intensivbetten insgesamt**
- und die **Entwicklung der AKTUELLEN täglichen Neuzugänge dort.**

**Hier wird also nach wie vor BEWUSST (weil in Kenntnis unserer vorangegangener Mails) von der Darstellung der tatsächlich relevanten Stellgrößen Abstand genommen!**

Und es fehlen dort auch die relevanten aktuellen Entwicklungszahlen für die regionalen Bereiche.

**In dieser Hinsicht liefert der ORF inzwischen die weit bessere Basis – was schon einmal merkwürdig ist und Fragen aufwirft.**

Aber als besonders seltsam erweist sich dann, dass diese **Basis inzwischen von der Startseite bei <https://orf.at/> verschwunden** ist, und diese Informationen nur mehr auf der Subseite zu den bisher bestätigten Fällen weiter verlinkt – also **auf einer Sub-Sub-Seite aufrufbar** sind. Ein Click-Aufwand, den sich wohl kaum ein User dieser Informationsseite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks antut.

**Warum versteckt man also die relevanteste Informationsbasis so gut – und zieht bei der zentralen Informationsseite des Gesundheitsministeriums nicht nach? Wo man doch angeblich gerade – oder immer noch - ein breites Awareness-Problem in der öffentlichen Wahrnehmung hat!**

Vielleicht weil die Verlaufskurve zeigt, dass die neuerliche allgemeine Verschärfung der Maskenpflicht anscheinend nicht die Maßnahme war, die zur Bekämpfung eines Neuanstiegs benötigt wurde?

Vielleicht weil die [Hoffnung des Gesundheitsminister vom 20.9.2020](#), „*dass wir nicht in eine zweite Welle hineinkippen*“ angesichts des [auch schon an diesem Tag gegebenen Zahlenmaterials](#) etwas merkwürdig erscheint? Weil wenn DAS keine zweite Welle ist, dann hatten wir auch keine erste!

Vielleicht weil die aktuellen Fallzahlen offensichtlich in keiner Weise zur regionalen Ampelschaltung passen? Zum Beispiel derzeit Hermagor und Neusiedl am See in Relation zu Wien.

Vielleicht weil die Graphik auch belegt, dass trotz fast so hoher Erkrankungszahlen jetzt die benötigten Spitals- und Intensivbetten – zum großen Glück – wesentlich geringer sind? Was erfreulicher Weise auf inzwischen weit bessere Behandlungsmethoden hindeutet – und inzwischen auch [vom Leiter der Infektionsabteilung der Klinik Favoriten, Univ. Doz. Dr. Christoph Wenisch bestätigt](#) wurde.

Vielleicht weil die Kurven der aktiven Fälle und der Verstorbenen zeigen, dass da keine direkte Relation besteht?

Oder vielleicht weil die eigentlich von Anfang an vergleichsweise recht flache und vor allem seit Mitte Mai 2020 ausgesprochen flache Kurve der leider an CoVid-19 Verstorbenen die Frage der Verhältnismäßigkeit der gesetzten Maßnahmen aufwerfen würde? **Niemand – um das zu wiederholen - NIEMAND würde (aller Tragödie jedes einzelnen Toten, egal aus welchem Grund auch immer, eingedenk) für z.B. „nur“ 111 Grippe-Tote in VIER Monaten ([Dashboard](#) – Status gerade eben: 30.5.: 664 Tote, 30.9.: 775 Tote) breitflächige epidemiologische Maßnahmen anordnen!**

Auch was diesbezüglich in den USA, Brasilien, am Balkan oder anderen Teilen der Welt geschieht **wäre diesbezüglich vollkommen irrelevant!**

Und dahinter verbirgt sich – auch immer breiter von relevanten Medizinern kritisiert - offenbar **politische Taktik!**

**Es fragt sich: Cui bono?**

## 2. Ein Expertenkreis für richtige Entscheidungen:

Genau in diesem Bereich ergibt sich, dass immer mehr mit ausreichendem Bedacht zu hörende Personen die derzeit eingeschlagene Linie (sofern überhaupt als solche erkennbar) kritisieren:

Sei das der [Direktor der Innsbrucker Universitätsklinik für Innere Medizin und Infektiologie Univ.-Prof. Dr. Günter Weiss](#), sei das der [Public Health-Experte am Institut für Allgemeinmedizin und evidenzbasierte Versorgungsforschung an der Medizinischen Universität Graz Dr. Martin Sprenger](#), sei das der [Leiter der Abteilung Öffentliche Gesundheit der AGES Franz Allerberger](#), sei das die [Ärztammer Oberösterreich](#), sei das der [Virologe Christoph Steininger vom Wiener AKH](#), sei das die [Leiterin des Instituts für Hygiene, Mikrobiologie und Tropenmedizin am Ordensklinikum Linz Petra Apfalter](#), seien es die [Experten der Ludwig Boltzmann Gesellschaft und der Plattform Patientensicherheit](#). Und noch viele mehr – um auch die zu hörenden Experten wie Psychologen, Soziologen, Volkswirtschaftler und Interessensvertreter etc. in den gebührenden Fokus zu rücken!

Man kann davon ausgehen, dass es sich hier **nicht** um „Verschwörungstheoretiker“ oder sonstige Personen handelt, die bloß [in einem Sektenbericht Erwähnung](#) finden sollten.

**Hier geht es vielmehr genau um das, was wir fordern: Logisch nachvollziehbare Maßnahmen, die der Situation entsprechend SINN MACHEN!**

Im Vergleich dazu erleben wir aber leider gerade ein **Exekutiv-Durcheinander auf Bundes-, Landes- und Bereichsebene, das eher an den altbekannten Spruch erinnert: „Keiner macht, was er soll - jeder macht, was er will – aber alle machen mit!“**

Siehe auch die offen geäußerte [Kritik von Frau Mag. Meisl-Reisinger im gestrigen Report des ORF](#).

## 3. **Gesundheitliche Aspekte – und die Kommunikation dazu:**

Wir hatten im Inland das Virus fast schon ausgerottet – wie die Ansteckungskurve und der Reproduktionsfaktor ja belegen.

Aber dann?

Zur Erinnerung: Wir haben schon in unserem [Offenen Brief vom 26.4.2020](#) unter Punkt 3. 7. die Frage gestellt: „Sind dann nicht **ganz andere Maßnahmen dort zu ergreifen, wo die Infektion neuerlich nach Österreich hereingetragen werden kann?**“

Was ist dort dann zum ausreichenden Schutz vor einer neuerlichen Ansteckung im Inland geschehen?

War man sich der Folgen aus der Grenzöffnung nicht bewusst? Oder hat man seitens der Verantwortlichen gewusst, die völlige Eindämmung von CoVid-19 auf diese Weise sowieso nicht zu schaffen?

Wozu dann der lange, strenge Lockdown, obwohl die ausreichende Kapazität im Gesundheitssystem schon weit vorher klar war?

Wieso dann keine Schwerpunkt-Tests in den Betrieben, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigt haben?

Wieso dann offensichtlich viel zu wenige Tests in den sensiblen Bereichen wie Altenpflege- und Gesundheitseinrichtungen?

**Das passt doch alles nicht zusammen!**

Wieso - nach einem halben Jahr (!!)- immer noch derartige Probleme und Schwachstellen bei den zuständigen Hotlines und bei der Testabwicklung? Uns liegen dazu – auch aktuell - Berichte der Kategorie „Bizarr“ vor.

Wieso die Festlegung einer regionalen Corona-Ampel, für die nicht objektive Kriterien zur Schaltung festgelegt wurden, sondern bei der letztlich eine politische Entscheidung erfolgt? Wieso überhaupt die Festlegung von Ampelfarben ohne einer gleichzeitigen Verbindung dessen mit entsprechenden Maßnahmen? Wieso dann dahinter unterschiedliche Bereichs-Ampeln wie z.B. für Schulen?

**Denkt sich so etwas ein politischer Kabarettist aus, dann fällt sein Programm wahrscheinlich wegen unglaublicher Übertreibung durch!**

Schon sehr früh haben wir außerdem in unseren vorangegangenen Offenen Briefen das Thema „*Verhaltensweisen zur Minderung der Krankheits-Schwere*“ in den Fokus gerückt. WIR – aber was findet man bis heute diesbezüglich auf offizieller Seite?

**So gut wie GAR NICHTS!**

Ebenso haben wir das Thema der *Heilung und der Behandlungsmethodik* angesprochen – zum Beispiel hinsichtlich des Einsatzes von Gesunden-Plasma. Wirkt es nun – oder wirkt es nicht? Oder entwickelter Heilmittel, was ist mit denen? Welchen Stellenwert hat das in der Kommunikation auf politischer Seite?

**So gut wie GAR KEINEN!**

Mediziner reden in einzelnen Interviews davon - wenn sie diesbezüglich überhaupt gefragt werden. Aber das war's!

Wie sieht es mit der Mortalität aus, die – rechtzeitig und richtig behandelt - anscheinend doch einen weit weniger dramatischen Verlauf nimmt, als ursprünglich befürchtet?

Was ist mit den Langzeitfolgen? Was wissen wir diesbezüglich nun bereits – und gibt es eine Abmilderung dieser Folgen im Lauf der Zeit, oder doch nicht?

Was wissen wir über die Kriterien und Auslöser für einen schweren Verlauf – auch bei jungen Menschen und ohne Vorerkrankung?

Was ist mit den Mutationen des Virus? Haben wir es nun mit einem anderen Erreger zu tun, der andere Mechanismen in sich birgt – eine höhere Ansteckungsrate, aber dafür einen milderen Verlauf?

Was bedeutet das gegebenenfalls für unsere Verhaltensregeln und Maßnahmen? Stimmen die aus dem Frühjahr (z.B. 1 Meter Abstand, nicht länger Kontakt als 10 Minuten) dann noch für heute?

**NICHTS – ein weißer Fleck nach dem anderen in der offiziellen Kommunikation!**

Der Fokus liegt fast ausschließlich auf der Nicht-Ansteckung und von Maßnahmen dazu. Und das gegebenenfalls unzureichend, wenn wir es heute mit einem anderen Virenstamm zu tun haben!

Ah ja, da ist dann noch die Hoffnung auf einen rasch verfügbaren Impfstoff. Nein, nicht nur die Hoffnung: Es wurde ja [bei AstraZeneca schon ein Impfstoff bestellt - Österreichs Anteil umfasst dabei 6 Millionen Dosen.](#)

**Spannend - [wenn man noch gar nicht weiß, ob diese Firma dann über den besten, tatsächlich wirksamen und Nebenwirkungs-freien Impfstoff entsprechend rasch verfügt!](#)**

Sind da irgendwelche Bedenken bezüglich der durchaus breit diskutierten und daher auch noch weiter zu erforschenden **fraglichen Immunisierungswirkung** daraus – gerade wenn das Virus mutiert?

**Es ist diesbezüglich NICHTS AUFFINDBAR!**

**DAS ist eine seriöse medizinische Situationsbeschreibung und Prognose?**

**DAS ist ein seriöser gesundheitspolitischer Vorgehensplan?**

**Oder weiß man schon mehr und sagt es nur nicht? Eines wäre genauso schlimm wie das andere!**

#### **4. Die Folgen für die Gesellschaft, Wirtschaft, Finanzen, Beschäftigung etc.:**

Ursprünglich war davon die Rede, *niemanden zurückzulassen, "koste es, was es wolle"*.

Wie dazu schon am 7.4.2020 von uns ausgeführt: Zusicherungen bzw. Ankündigungen helfen noch niemandem, auch nicht die Nennung der Größenordnung von zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Helfen kann – und konnte - ausschließlich eine **rasche, unbürokratische tatsächliche Unterstützung für die Menschen dann wann sie diese brauchen und so wie sie diese brauchen.**

Und – wie leider damals schon vermutet: **Die Realität sah dazu dann ganz anders aus!**

Hier hat die Bundesregierung nicht nur versagt. Nein, es scheint sogar **Absicht und Kalkül** gewesen zu sein (was man schon an der **Redimensionierung im Epidemiegesetz** erkennen kann):

- Einerseits ging – und geht es offenbar weiter - darum, durch das **ausreichend lange Aushungern kleiner Unternehmer bzw. Selbständiger** den **Großkonzernen und sonstigen finanziell potenten Marktteilnehmern einen eklatanten Marktvorteil zu verschaffen.**
- Und andererseits bringt man (weiterhin) die **breite Basis der Bevölkerung so sehr in Not**, dass die Menschen aus dieser Not heraus bereit sind, **zu sonst völlig inakzeptablen Bedingungen jeden auch noch so schweren bzw. nachteiligen Job anzunehmen.**

Den Beweis für ersteres lieferte der Bundeskanzler in seiner [„Rede zur Lage der Nation“ vom 28.8.2020](#) selbst – nämlich durch (wörtliches Zitat): „... unsere Ziele im Regierungsprogramm zur Stärkung des Standorts vorzuziehen und sofort umzusetzen. Dazu gehört eine **aktive Ansiedlungspolitik für Schlüsselindustrien**. Dazu gehört ein ambitioniertes **Gründerpaket**, denn gerade in einer **Zeit, in der es vermehrt Insolvenzen geben wird** ist die beste Antwort darauf Neugründungen zu erleichtern, **den Kapitalmarkt zu stärken** und damit möglichst viele **neue Jobs** entstehen zu lassen. ...“

**Was nichts anderes bedeutet, als dass man ja doch zahlreiche bestehende Unternehmen - insbesondere die kleinen darunter, und deren Arbeitnehmer sowie Selbständige zurückgelassen hat. Und zwar systematisch!**

Die Fakten und Beispiele dafür, wie hier gerade „die Kleinen“ ausgehungert wurden und weiter aus dem Markt gedrängt werden sind inzwischen – [auch in den Medien präsent](#) - zahllos. Die von den beiden Regierungsparteien durchwegs dazu abgeschmetterten oder vertagten Anträge der Oppositionsparteien füllen inzwischen [viele, viele Berichtsseiten der Parlamentskorrespondenz](#).

Nichts anderes war aufgrund der Klientelpolitik der Kanzlerpartei unsere Befürchtung. Nichts anderes ist eingetroffen bzw. wird, unseren nationalen Bereich schädigend, auch weiter fortgeführt!

Daher wenig überraschend, [von welcher Seite für die Kanzlerrede viel Lob und von welcher viel Kritik kam](#).

Mit den Unternehme(r)n geraten automatisch die Beschäftigten unter Druck: Je größer die Menge der Jobsuchenden, je mehr die finanziellen Netze für ebendiese zurückgefahren werden, je weiter die Zumutbarkeit bei der Arbeit erstreckt wird, desto prekärer können Bezahlung und Arbeitsbedingungen werden. Zum Nutzen der Shareholder von Großkonzernen und ihrer Gewinne.

Wenn man z.B. hernimmt, dass in der [Nationalratssitzung vom 23.9.2020](#) eine **Aufstockung des Familien-Härtefallfonds um 40 Millionen Euro**, aber gleichzeitig eine **Verdopplung der Covid-19-Investitionsprämie (Aufstockung um 1 Milliarde Euro)** im Rahmen des Investitionsprämiengesetzes beschlossen wurde, dann sagt allein das schon sehr viel über die Schwerpunktsetzung im Krisenmanagement aus. Von der mehr als merkwürdigen [Zuordnung und Abwicklung des Löwenanteils an Corona-Fördergeldern über die COFAG](#) ganz zu schweigen.

Und je länger die Gesundheitskrise dauert – oder sie punkto scheinbar erforderlicher Maßnahmen prolongiert wird, desto mehr geraten „die Kleinen“ unter Druck – Unternehmer, Selbständige und Arbeitnehmer. Desto größer ist - wenig überraschend – der gesellschafts- und wirtschaftspolitische Verzerrungseffekt.

Dass man dabei **mangels breiter Kaufkraft an der Basis auch die komplette derzeit auf Massenkonsum ausgelegte Wirtschaft an die Wand fährt** ... tja, vielleicht sollten das ein paar Verantwortliche im Licht volkswirtschaftlicher Mechanismen statt betriebswirtschaftlicher Quick-Wins noch einmal detailliert besprechen. Auch darauf haben wir bereits in unseren Offenen Briefen ausführlich hingewiesen.

### **Und dennoch geschieht diesbezüglich NICHTS!**

Nein, falsch – auf Seite der politisch Verantwortlichen nichts.

An der Basis sehr wohl – und [sehr beunruhigendes!](#)

Klar dass die Glaubwürdigkeit von Exekutiv-Verantwortlichen und Normengebern stark leidet, die so vorgehen – bis hin zur [Verfassungswidrigkeit von verhängten Beschränkungen](#), dazu [einbehalten bereits bezahlten Strafen](#) und der [wissentlich falschen Kommunikation eigener Verordnungen](#).

Dass man sich angesichts dessen dann bei der Reparatur dieser Bestimmungen gleich wieder [massiver Kritik bezüglich Verfassungswidrigkeit](#) aussetzt, ist mehr als bedenklich - im Lichte dessen kann auch die [Ankündigung eines neuen Krisensicherheitsgesetzes](#) seitens der amtierenden Bundesregierung verfassungsrechtlich nur als „gefährliche Drohung“ aufgefasst werden.

Abgesehen von der [negativen Beispielswirkung des Bundeskanzlers und seiner Parteikollegen im Kleinwalsertal](#). Um einen Ausspruch von Sebastian Kurz dazu abzuwandeln: „*Schon bald wird jeder einen Bundeskanzler kennen, der offenbar selber viel weniger Angst vor dem Virus hat, als er den Menschen in diesem Land einjagen möchte.*“

Dass daraus eine gesellschaftliche Polarisierung zwischen Menschengruppen geschieht, die auf der einen Seite die Krankheit (ja zu gutem Teil berechtigt) fürchten und auf der anderen Seite mit den (zum Teil ja tatsächlich nicht nachvollziehbaren) Exekutivmaßnahmen nicht klar kommen ist vollkommen logisch. Ein durch die Verantwortlichen absichtlich so gemixter gesellschaftspolitischer Sprengstoff? Den man als Vorwand benutzen kann, wenn er hochgeht?

**Gerade wenn eine Regierung einen sehr losen Umgang mit der Bundesverfassung und den – auch darin verankerten – Menschenrechten und Grundfreiheiten pflegt, ist besonderes Augenmerk gefragt. Weil dann eben die Gefahr besteht, seitens der Verantwortlichen im Graubereich unserer Gesetze – oder schon außerhalb dieser – totalitäre Maßnahmen zu erleben. Unter dem Vorwand, uns quasi vor uns selbst zu schützen und um der (teils sogar durch die Exekutive selbst geschürten) Volkswut bzw. der daraus resultierenden Gewaltbereitschaft Herr zu werden.**

Auch darauf haben wir in unseren vorangegangenen Offenen Briefen deutlich hingewiesen – ohne jedwede Reaktion oder Verbesserung seitens der Adressaten!

### **5. Die Schlussfolgerung:**

**Die hier – bei weitem nicht lückenlos und vollständig - aufgezeigten Schwächen und Mängel im Management der bedeutendsten Krise seit dem 2. Weltkrieg sind evident, beweisbar und massiv.**

Klar: Die Herausforderung ist groß. Aber ebenso klar ist, dass der Exekutivspitze in vielen Dimensionen ein klares Versagen bzw. eine Fülle an Fehlleistungen vorzuhalten ist.



Mag eine anfängliche Fehlerhäufung der schwierigen Ausgangssituation und vielen unbekanntem Faktoren geschuldet sein, nun aber kann nach weit über einem halben Jahr an Fortschritt diese Entschuldigung nicht mehr taugen. Dafür steht viel zu viel auf dem Spiel!

Es fragt sich außerdem:

**Kann oder will hier die Spitze der öffentlichen Verwaltung in Österreich nicht anders?**

## **6. Die erforderlichen Maßnahmen:**

Es ist daher unabdingbar, den politisch Verantwortlichen eine klare Schranke dabei zu setzen, **womöglich sogar absichtlich die aktuelle Gesundheitskrise weiter am Köcheln zu halten bis ein gigantische Umverteilungsprozess in Multi-Billionenhöhe abgeschlossen ist.**

**Oder die - schlimmer noch - über den hier laufenden Prozess unsere demokratische gesellschaftspolitische Ordnung hin zu einem totalitären System ohne Menschenrechte und Grundfreiheiten abändern wollen.**

Da Sie, Herr Bundespräsident, Ihren Amtseid nach [Artikel 62 Abs. 1 B-VG](#) geleistet haben, Ihre Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen – und wir hoffentlich einer Meinung darüber sind, dass mit „die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten“ nicht bloß gemeint ist, dem Verfall und sogar Rechtsbruch tatenlos zuzusehen – **fordern wir Sie auf, die derzeit amtierende Bundesregierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz aufgrund des zuvor beschriebenen Sachverhalts gemäß [Artikel 70 Abs. 1 B-VG](#) zu entlassen und nach demselben Artikel eine Experten-Regierung zu ernennen.**

**Denn genau das ist derzeit mehr gefragt denn je: Experten!**

Sollte der Nationalrat – konkreter gesagt und aller Voraussicht nach die Mehrheit durch die heutigen Regierungsparteien – der neu ernannten Expertenregierung sachlich unzureichend begründet und womöglich aus reinem parteipolitischen Kalkül gemäß [Artikel 74 Abs. 1 B-VG](#) das Misstrauen aussprechen, fordern wir Sie auf, nach [Artikel 29 Abs. 1 B-VG](#) den Nationalrat aufzulösen, woraufhin nach diesem Artikel die Neuwahl in diesem Fall von einer interimistisch bestellten Bundesregierung so anzuordnen ist, dass der neugewählte Nationalrat längstens am hundertsten Tag nach der Auflösung zusammentreten kann.

Die ernannte Expertenregierung möge außerdem bei Ernennung den Auftrag erhalten (und verpflichtend annehmen), einen **Kassasturz – insbesondere zu den Mitteln zur Bewältigung der Corona-Krise** – in die Wege zu leiten und hierzu **genaue Prüfungen (auch der externen Beauftragten für die Mittelverwaltung und -verwendung)** durch den Rechnungshof und andere befugte Stellen - je nach Sachlage - zu ermöglichen.

**Und wir erwarten dazu Ihre geschätzte Stellungnahme, Herr Bundespräsident, wenn Sie diesen Aufforderungen NICHT nachkommen. Für ein einfaches wortloses Übergehen der Sache ist sie zu wichtig – und es wäre der Amtsausübung eines österreichischen Bundespräsidenten unwürdig.**

## 7. Systemische Konsequenzen:

Natürlich wäre theoretisch nach unserer Bundesverfassung der Nationalrat zur Kontrolle der Exekutive berufen, sodass so ein Eingreifen des Bundespräsidenten gar nicht erforderlich sein müsste.

Evident ist aber auch – und nicht erst in der heutigen Zeit, dass die Nationalrats-Mehrheit der mit wenigen Ausnahmen von ihr gestellten Regierung eher einen „Persil-Schein“ ausstellt, statt sie wirklich zu kontrollieren. Die zu den Mängeln nun „erst posthum“ laufenden Verfahren in den [Untersuchungsausschüssen](#) und [in der Justiz](#) belegen das überdeutlich – und werfen die Frage auf, ob die morgen [100 Jahre alte Bundesverfassung](#) wirklich so von „Schönheit und Eleganz“ strotzt, wie Sie das [im Verlauf der Ibiza-Krise behauptet](#) haben.

Wir vermögen an ihr – weder theoretisch noch in der politischen Praxis – viel Schönheit und Eleganz zu erkennen. Noch dazu wenn man die selbst auf der Homepage des Parlaments nachzulesende [„Realverfassung“](#) auch noch mit ins Kalkül zieht. Nicht nur in diesem hier angeführten Belang, sondern auch was die Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, direktdemokratische Einbeziehung des Volkes als Souverän, ein einheitliches, gleiches und faires Wahlrecht etc. etc. angeht.

Ein 1000fach in maßgeblichen Bereichen operierter Hundertjähriger würde auch in unserem menschlichen Dasein ausreichend damit zu tun haben, einfach weiter zu existieren, statt sich kraftstrotzend, fit und gesund den vielfachen Herausforderungen der Gegenwart stellen zu können.

Würde es nicht nach dieser betagten Verfassung fragwürdig/bedenklich sein – und würden wir uns nicht strikt der Einhaltung existierender Gesetze verpflichtet fühlen (ob wir die nun mögen oder nicht), dann könnten wir Ihnen ja empfehlen, nach einer allfälligen Auflösung des Nationalrats eine Volksabstimmung über unseren [Vorschlag einer neuen Bundesverfassung](#) zu veranlassen – einfach um den Menschen möglichst rasch eine tatsächlich taugliche demokratische Basis dafür zu geben, dass sie nach Artikel 1 unserer heutigen Bundesverfassung tatsächlich der Souverän sind.

So aber sind uns die Hände gebunden ...

Für die

 DEMOKRATISCHE  
ALTERNATIVE

mit freundlichen Grüßen

G. Kuchta e.h.  
(Vorsitzender)